



## Die Arbeitspartei tritt der Netanyahu-Regierung bei - Mehr als ein linkes Feigenblatt für eine rechte Koalition?

Von Dr. Ralf Hexel, FES Israel  
2. April 2009

1. Bei den am 10. Februar 2009 erfolgten vorgezogenen Wahlen zur 18. Knesset errang das rechte/ultra-orthodoxe Lager einen Wahlsieg. Der Likud-Vorsitzende Benjamin Netanyahu wurde mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.
2. Tzipi Livni, mit 28 Sitzen die eigentliche Wahlsiegerin, lehnt eine Regierungskoalition mit Netanyahu ab und geht in die Opposition. Sie besteht auf der Zwei-Staaten-Lösung als Ziel für den Israelisch-Palästinensischen Friedensprozess.
3. Ehud Barak verhandelt an den Gremien seiner Partei vorbei mit Netanyahu ein Koalitionsabkommen und will dessen rechter Regierung beitreten. Nach heftigen Diskussionen bestätigt ein Sonderparteitag der Arbeitspartei den Regierungsbeitt.
4. Die Arbeitspartei ist tief gespalten. Die Befürworter des Regierungsbeitritts betonen die nationale Verantwortung der Partei und ihr Mitwirken bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Die Gegner prophezeien den Ausverkauf ihrer sozialdemokratischen Werte und weiteren politischen Bedeutungsverlust. Sie fordern den Gang in die Opposition.
5. Die von Netanyahu gebildete Sechs-Parteien-Koalition aus Likud, Yisrael Beitenu, Arbeitspartei, Shas, Vereinigtes Torah-Judentum und Jüdisches Heim ist weltanschaulich und ideologisch sehr heterogen zusammengesetzt. Eine erfolgreiche Bewältigung der Wirtschaftskrise und mutige Entscheidungen im Friedensprozess sind mit dieser Regierungskoalition nur schwer vorstellbar.

Am 31. März wurde in Israel eine neue Regierung mit dem Likud-Vorsitzenden Benjamin Netanyahu als Ministerpräsident vereidigt. Neben dem rechten Likud gehören der Regierung fünf weitere Parteien an: die rechts-nationalistische Partei Yisrael Beitenu, die sozialdemokratische Arbeitspartei, die ultra-orthodoxen Parteien Shas und Vereinigtes Torah-Judentum sowie die rechts-religiöse Partei Jüdisches Heim. Breite Regierungskoalitionen von ideologisch und

weltanschaulich weit auseinander liegenden Parteien sind in Israel eher die Regel als die Ausnahme. Trotzdem sorgte es für eine Überraschung, dass es Benjamin Netanyahu gelang, die von Ehud Barak geführte linke Arbeitspartei in sein ansonsten rechtes Regierungsbündnis zu holen. Es stellt sich die Frage, ob die Arbeitspartei, die aus den Wahlen geschwächt hervorging, in dieser Konstellation eigene politische Ziele und Inhalte umsetzen kann, oder ob sie vor

allem als linkes Feigenblatt in einer ansonsten rechten Koalition dienen soll.

Wahlsieg der Rechten und Regierungsbildung durch Benjamin Netanyahu

Bei den am 10. Februar 2009 erfolgten vorgezogenen Wahlen zur 18. Knesset errang das rechte/ultra-orthodoxe Lager einen Wahlsieg. Der von Benjamin Netanyahu geführte Likud (27), die Partei Yisrael Beitenu (15) des Rechtspopulisten Avigdor Lieberman, der mit anti-arabischen Slogans den Wahlkampf beherrschte, die beiden ultra-orthodoxen Parteien Shas (11) und Vereinigtes Torah-Judentum (5) sowie die rechts-religiösen Parteien Nationale Union (4) und Jüdisches Heim (3) errangen zusammen 65 der insgesamt 120 Sitze in der Knesset. Dieses Ergebnis bestätigte den sich seit Monaten andeutenden Rechtsruck in der israelischen Gesellschaft, der durch den Gaza-Krieg - mehr als 90% der jüdischen Bevölkerung unterstützte diesen Krieg - noch verstärkt wurde. Die linken Parteien erlitten eine dramatische Niederlage, in der sich ein deutlicher politischer Bedeutungsverlust manifestiert. Die Arbeitspartei erreichte unter Führung von Verteidigungsminister Ehud Barak lediglich 13 Mandate, nachdem sie in der vorigen Knesset noch mit 19 Abgeordneten vertreten war. Die links-liberale Meretz verschlechterte sich von 5 auf nun nur noch 3 Sitze.

Sieger der Wahl waren Außenministerin Tzipi Livni und ihre Kadima-Partei mit 28 Mandaten. Trotzdem wurde sie von Staatspräsident Shimon Peres nicht mit der Regierungsbildung beauftragt. Das israelische Grundgesetz schreibt vor, dass der Präsident nach den Wahlen die in der Knesset vertretenen politischen Parteien konsultieren muss, um dann auf der Grundlage dieser Konsultationen den Politiker mit der Bildung der neuen Regierung zu beauftragen, „von dem er

glaubt, dass er die besten Chancen hat, eine Regierung zu bilden.“ Da sowohl die rechten wie auch die ultra-orthodoxen Parteien sich für Benjamin Netanyahu als neuen Ministerpräsidenten aussprachen, erhielt dieser 10 Tage nach der Wahl von Shimon Peres den Auftrag zur Regierungsbildung. Laut Gesetz stehen ihm dafür 28 Tage zur Verfügung. Wenn es in dieser Zeit nicht gelingt, eine Koalition zu bilden, kann er eine Verlängerung dieser Frist um weitere 14 Tage beantragen. Netanyahu musste diese Frist auch in Anspruch nehmen, da es ihm nach 28 Tagen nicht gelungen war, eine regierungsfähige Koalition zu bilden.

Bereits vor der Wahl hatte Netanyahu erkennen lassen, dass er einem Regierungsbündnis mit Kadima und der Arbeitspartei, also einer Regierung der nationalen Einheit, den Vorzug geben würde. Grund dafür sind seine Erfahrungen als Ministerpräsident in der 1996-99 von ihm geführten rechten Regierung. Mit ultimativen Forderungen besonders im Friedensprozess nahmen ihm seine rechten Koalitionspartner den für ein erfolgreiches Regieren notwendigen politischen Spielraum und führten damit das vorzeitige Ende der Regierung Netanyahu herbei. Die daraufhin angesetzten Neuwahlen führten zu einem Sieg der Arbeitspartei und brachten Ehud Barak in das Amt des Ministerpräsidenten. Im Nachhinein bezeichnete Netanyahu die damals von ihm gebildete rechts/ultra-orthodoxe Regierungskoalition als den „größten Fehler meines Lebens.“ Die Wiederholung einer solchen Konstellation und der daraus resultierenden politischen Entwicklungen will er diesmal unbedingt vermeiden. Unmittelbar nach der Wahl machte er daher Kadima und der Arbeitspartei das Angebot, einer von ihm geführten Koalition beizutreten. In einem solchen breiten Bündnis, sah er die beste Voraussetzung

für stabiles und handlungsfähiges Regieren.

Tzipi Livni gibt sich prinzipienfest und geht in die Opposition

Netanyahu begann seine Koalitionsverhandlungen mit starken Angeboten an Tzipi Livni und Kadima. Er bot ihr eine volle Partnerschaft im zukünftigen Kabinett, das Amt der Außenministerin, eine weiteres Schlüsselministerium für ihre Partei - Verteidigung oder Finanzen - sowie weitere Ministerposten an. Es gab in der Folge eine Reihe von persönlichen Treffen, aber Tzipi Livni lehnte Netanyahus Angebote ab. Sie macht die Verpflichtung der neuen Regierung auf das Erreichen einer Zwei-Staaten-Lösung im Friedensprozess mit den Palästinensern zur Bedingung ihres Eintritts in die Koalition. Außerdem fordert sie, die sich als die eigentliche Gewinnerin der Wahlen versteht, eine Rotation des Ministerpräsidentenamtes. Danach würde zwei Jahre Netanyahu als Premier agieren und zwei Jahre sie. Dieses Modell hatte es - gekennzeichnet vor allem von politischem Stillstand - in Israel bereits 1984-88 gegeben, als sich Yitzhak Shamir (Likud) und Shimon Peres (Arbeitspartei) das Amt teilten. Netanyahu lehnte diese Forderungen aber ab. Er weiß, dass er die Unterstützung der rechten Parteien verlieren würde, wenn er die Zwei-Staaten-Lösung zum Ziel seiner Regierung erklärt. Und das Amt des Ministerpräsidenten - mit zwei Jahren für jeden der beiden - will er mit Livni auch nicht teilen. Zu sehr könnte sie die politische Entwicklung dann in ihrem eigenen Sinne gestalten.

Tzipi Livni entschied sich, in die Opposition zu gehen und von dort ihre politischen Ziele zu verfolgen. Gewiss folgte sie damit ihren politischen Überzeugungen und Prinzipien, aber das Kalkül, dass eine reine Rechtsregierung nicht sehr lange regieren würde und schon bald

Neuwahlen anstehen könnten, wird in ihren Überlegungen ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt haben. In der eigenen Partei bekam Livni für ihre Entscheidung nur begrenzt Unterstützung. Führende Kadima-Vertreter wie Ex-Verteidigungsminister Shaul Mofaz und die bisherige Parlamentspräsidentin Dalia Itzig forderten sie auf, ernsthaft mit Netanyahu über eine Regierung der nationalen Einheit zu verhandeln und Kadima nicht so einfach in die Opposition zu führen. Vize-Premier Haim Ramon sagte: „Kadima und Likud sind natürliche Partner, nicht Shas und die extreme Rechte.“ Livni setzte sich mit ihrer Position jedoch durch, was zeigt, dass sie in ihrer Partei derzeit unangefochten ist.

Parallel zu den Bemühungen um Tzipi Livni und Kadima verhandelte Netanyahu mit den rechten und ultra-orthodoxen Parteien, die ihn in den Konsultationen mit dem Staatspräsidenten als Ministerpräsident empfohlen hatten. Das erste Koalitionsabkommen schloss er mit Avigdor Lieberman und dessen Partei Yisrael Beitenu ab. Dieser erhält das Außenministerium und seine Partei vier weitere Ministerposten. Mit seinen zentralen inhaltlichen Forderungen aus dem Wahlkampf - der Einführung der Zivilehe und einem Loyalitätstest für die Araber in Israel - kann Lieberman sich jedoch nicht durchsetzen. Gegen die Zivilehe kommt vehementer Protest von den ultra-orthodoxen Parteien, die ebenfalls mit Netanyahu verhandeln. Und auch der von ihm geforderte anti-arabische Loyalitätstest („Ohne Loyalität keine Staatsbürgerschaft“) findet in dieser Form im Koalitionspapier keine Erwähnung.

Danach einigte sich Netanyahu mit Shas auf ein Koalitionsabkommen. Die Partei erhielt vier Ministerposten, nämlich für Inneres, Wohnungsbau, Religion und einen Minister ohne Portfolio. Für Shas ist es zentral, Zugang zu staatlichen Sozialleistungen zu bekommen, um so der

besonders aus sozial schwachen Schichten stammenden Wählerschaft zählbare Ergebnisse liefern zu können. Das Wohnungsministerium war daher eine ganz wesentliche Forderung. Außerdem erzielte die Partei eine deutliche Erhöhung des Familien- und Kindergeldes. In den kommenden drei Jahren werden dafür laut Koalitionsvereinbarung 1,4 Mrd. Shekel (ca. 260 Mio. €) an zusätzlichen Mitteln bereitgestellt. Für Aufmerksamkeit sorgte auch die Entscheidung Netanyahu, Shas in Form eines Ministers im Büro des Ministerpräsidenten die Verantwortung für die ultra-orthodoxen Schulen zu übertragen und diese damit aus der Verantwortung des Bildungsministeriums herauszulösen.

Nach der relativ geräuschlos verlaufenen Koalitionsverhandlung mit der Partei Jüdisches Heim, die das Wissenschaftsministerium zugesprochen bekam, hatte Netanyahu 56 Abgeordnete hinter sich gebracht. Sollte er nach der Absage durch Tzipi Livni die Verhandlungen mit der radikal rechten und siedlerfreundlichen Nationalen Union sowie mit dem Vereinigten Torah-Judentum vorantreiben, um so eine reine Rechtsregierung zu bilden? Einer Konstellation also, die er unbedingt vermeiden wollte? Oder sollte er die bestehenden Kontakte zu Ehud Barak und der Arbeitspartei noch einmal intensivieren, um sein ursprüngliches Ziel - die Schaffung eines möglichst breiten Regierungsbündnisses - doch noch zu erreichen? Netanyahu tat beides. Er verhandelte weiter mit seinen Verbündeten aus dem rechten Lager und machte Ehud Barak neue politische Angebote, um ihn und die Arbeitspartei in das Regierungsbündnis zu holen.

Ehud Barak will mitregieren und handelt mit Netanyahu eine Koalitionsvereinbarung aus

Vor der Wahl hatte Barak ausgeschlossen, mit einer Partei zu koalieren, die

sich gegenüber den Palästinensern nicht eindeutig zu einer Zwei-Staaten-Lösung bekennt. Dies ist beim Likud zweifellos der Fall, denn Netanyahu hatte in seinen Wahlkampfauftritten immer wieder erklärt, dass es mit ihm weder eine Räumung von Siedlungen noch eine Teilung Jerusalems geben werde. Anstelle der Zwei-Staaten-Lösung, wolle er einen „ökonomischen Frieden“ mit den Palästinensern anstreben, d.h., die wirtschaftliche und soziale Entwicklung soll vorangebracht werden, um so ein sicheres Fundament für einen politischen Frieden zu schaffen. Zu einem späteren Zeitpunkt könne man dann sehen, ob ein umfassendes Friedensabkommen möglich sei.

Nach der Wahl änderte Barak offenbar seine Position. Noch in der Wahlnacht erklärte er angesichts des Wahlergebnisses, dass die Wähler ein Bündnis von Kadima, Likud und Arbeitspartei wünschten. Führende Vertreter der Arbeitspartei wie der Ex-Vorsitzender Amir Peretz, Generalsekretär Eitan Cabel, die bisherige Bildungsministerin Yuli Tamir und Ex-Generalsekretär Ophir Pines-Paz lehnten diesen Weg angesichts des Wahlergebnisses ab. Nach ihrer Meinung ist die Partei durch die ständige Regierungsbeteiligung der vergangenen Jahre inhaltlich und personell verschlissen. Sie votierten für den Gang in die Opposition, um von dort die Erneuerung der Partei in Angriff zu nehmen.

Im Alleingang und an allen Parteigremien vorbei stellte Barak ein Verhandlungsteam zusammen, das mit dem Likud geheime Verhandlungen aufnahm. Dieses Team bestand aus Ofer Eini, Vorsitzender des Gewerkschaftsdachverbandes Histadrut, dem bisherigen Landwirtschaftsminister und Barak-Vertrauten Shalom Simhon und dem Anwalt Alon Gerhart. Außerdem traf Barak selbst mehrfach mit Netanyahu zusammen. Auf die Proteste seiner innerpartei-

lichen Opponenten, die von den Verhandlungen keinerlei Kenntnis hatten, entgegnete er bei Bekanntmachung der Verhandlungen am 18. März: „Was ist falsch daran, mit Netanyahu zu sprechen? Ich habe mit führenden Terroristen der PLO gesprochen. Ist Netanyahu etwa der schlimmste Feind unserer Nation? Die außen- und sicherheitspolitischen, die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, vor denen Israel steht, machen es der Arbeitspartei zur Pflicht, Netanyahus Angebote ernsthaft zu prüfen“. Baraks Strategie bestand ganz offensichtlich darin, hinter dem Rücken seiner Partei - ganz im Stile eines geheimen Kommandounternehmens - eine möglichst attraktive Koalitionsvereinbarung mit dem Likud zu erzielen, um erst dann die Parteigremien darüber abstimmen zu lassen.

Begleitet von weiteren heftigen Diskussionen und Protesten wurde für den 24. März das Zentralkomitee der Arbeitspartei, dem etwa 1.700 Mitglieder angehören, zu einem Sonderparteitag einberufen, um über die ausgehandelte Vereinbarung abzustimmen. Die Koalitionsvereinbarung zwischen Likud und Arbeitspartei enthält die folgenden wesentlichen Punkte:

1) Ministerien: die Arbeitspartei erhält insgesamt vier Ministerien: Verteidigung (Ehud Barak), Industrie, Handel und Arbeit (Benjamin Ben Eliezer), Landwirtschaft (Shalom Simhon) und Soziales (Isaac Herzog). Avishai Braverman wird Minister ohne Portfolio mit Verantwortung für Minderheiten.

2) Wirtschaft, Arbeit, Soziales: a) Einrichtung eines „Runden Tisches“ unter Einbeziehung von Regierung, Histadrut, Bank of Israel und Arbeitgebern zur Bewältigung der Wirtschaftskrise; b) Erarbeitung eines Wirtschaftsnotprogramms unter Beteiligung der Sozialpartner; c) Keine Kürzung der Gehälter im öffentli-

chen Dienst; d) Anhebung der staatlichen Renten; e) Schaffung eines Notfonds für Klein- und Mittelbetriebe; f) Programme zur Förderung von Berufsausbildung und Umschulung; g) Stärkere Integration von Minderheiten (sprich der arabischen Israelis) in den Arbeitsmarkt; h) Verkürzung der Berechtigungszeit für Arbeitslosengeld.

3) Politik und Sicherheit: a) Ehud Barak wird in alle zentralen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen einbezogen; b) Ausarbeitung eines Planes für ein regionales Friedensabkommen im Nahen Osten; c) der Friedensprozess wird fortgeführt und alle bestehenden Abkommen werden respektiert; d) illegale Siedlungs-Außenposten (völkerrechtlich sind sowohl Außenposten wie Siedlungen illegal) und illegale palästinensische Bauten werden geräumt.

4) Justiz: a) Schutz der Stellung des obersten Gerichtshofes; b) Änderung der Grundgesetze ist nur bei Zustimmung aller Koalitionspartner möglich.

Außerordentlicher Parteitag der Arbeitspartei - Wohin geht die Reise?

Die Koalitionsvereinbarung wurde den 1476 anwesenden Mitgliedern des Zentralkomitees der Arbeitspartei am 24. März auf einem Sonderparteitag in Tel Aviv zur Abstimmung vorgelegt. Nach teilweise hochkontroversen Diskussionen stimmten 680 Delegierte für den Beitritt zu Netanyahus rechter Regierungskoalition und 507 dagegen.

Die Redebeiträge zeigten, dass die Partei über den Beitritt zu dieser Regierung tief gespalten ist. Mehrere Redner riefen in dramatischen Appellen dazu auf, in die Opposition zu gehen, denn nur dort könne die Partei zu alter Stärke zurückfinden. Sie warnten Barak voller Emotionen vor einem Schulterchluss mit den rechten Parteien und damit vor einem

politischen Ausverkauf und dem Verlust von Grundwerten der Partei. Sie befürchteten, dass eine erneute Regierungsbeteiligung zu einem weiteren politischen Profil- und Bedeutungsverlust der Arbeitspartei führen würde. Ophir Pines-Paz wandte sich in seiner Rede direkt an Barak und hielt diesem vor, dass sich „Ben Gurion, Golda Meir und Yitzhak Rabin in ihren Gräbern umdrehen würden“ und dass er kein Mandat besitze, „die Partei in den Abfalleimer der Geschichte zu werfen“. Amir Peretz kritisierte in seiner Rede vor allem Baraks Alleingang, an allen Parteigremien vorbei mit Netanyahu über eine Regierungsbeteiligung verhandelt zu haben.

Ehud Barak rechtfertigte sein Vorgehen damit, dass es notwendig sei, eine rein rechtsorientierte Regierung zu verhindern. Es sagte: „Wir haben eine Verantwortung für die Arbeitspartei, aber wir sind auch für den Staat Israel, für Frieden und Sicherheit verantwortlich. Die Arbeitspartei ist kein Feigenblatt, sondern ein echtes Gegengewicht zu den rechten Parteien“. Auf den Vorwurf, dass es ihm vor allem um sein Amt als Verteidigungsminister gehe, erwiderte er: „Ich jage keinem Amt hinterher.“

Ofer Eini, Vorsitzender des einflussreichen Gewerkschaftsdachverbandes Histadrut und Mitglied von Baraks Team für die Koalitionsverhandlungen, war dessen wichtigster Verbündeter in der innerparteilichen Diskussion um den Regierungsbeitritt. Eini führte in seiner Rede als Hauptargument für einen Regierungsbeitritt der Arbeitspartei die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise an, die Israel jetzt mit großer Wucht treffe und die es notwendig mache, im Interesse des Landes und zur Rettung von Arbeitsplätzen mit Netanyahu zusammenzuarbeiten und eine stabile und handlungsfähige Regierung zu bilden. Nur so könnten nach Mei-

nung des Gewerkschaftsführers, dessen Handschrift in dem Koalitionsdokument deutlich sichtbar ist, neoliberale Lösungskonzepte verhindert und die Interessen der Arbeitnehmer geschützt werden. Eini setzte in den Verhandlungen durch, dass es für Staatsangestellte keine Gehaltskürzungen geben werde und dass Kündigungen möglichst vermieden werden sollen. Barak machte sich die Argumentation Einis zu eigen und sagte in seiner Rede, dass die Arbeitspartei der neuen Regierung vor allem deshalb angehören müsse, um die Krise wirksam bekämpfen zu können.

Wirtschaftliche und soziale Fragen dominieren die Koalitionsvereinbarung sichtbar. Hier liegt möglicherweise der wesentliche Grund dafür, dass es Barak gelang, eine deutliche Mehrheit des Parteitages für sich zu gewinnen. Wenn die dazu getroffenen Vereinbarungen Realität werden, könnte die Arbeitspartei der Wirtschaftspolitik der Regierung Netanyahu einen sozialdemokratischen Zuschnitt geben, wenn auch völlig ungewiss ist, wie die Maßnahmen finanziert werden sollen. Angesichts der enormen politischen und ideologischen Heterogenität der Sechs-Parteien-Koalition sind daran aber starke Zweifel angebracht. Erst die politische Praxis wird zeigen, was dieses Dokument wirklich wert ist.

Anders als die Wirtschaftskrise spielte der Nahost-Friedensprozess in Baraks Argumenten für den Regierungsbeitritt nur eine nachgeordnete Rolle. In den Vereinbarungen ist nur relativ allgemein von Einhaltung der bestehenden Verträge, wie z. B. der Roadmap sowie von der Weiterführung der Friedensgespräche die Rede. Außerdem werde die Regierung gegen illegale Siedlungs-Außenposten vorgehen. Klare Aussagen darüber, was konkret erreicht werden soll - z. B. die Formulierung der Zwei-Staaten-Lösung als Ziel eines politischen Prozesses - finden sich in der Vereinba-

rung nicht. Der Israelisch-Palästinensische Konflikt wird sehr wahrscheinlich keine oberste Priorität auf der politischen Agenda einer Netanyahu-Lieberman-Barak Regierung bekommen. Alle drei stimmen darin überein, dass der Kampf gegen die atomare Bedrohung durch den Iran weitaus wichtiger ist.

Der Parteitag offenbarte eine tief gesplattete Partei. Zwar erreichte Barak eine klare Mehrheit, trotzdem stehen sich beide Lager - die Befürworter und die Gegner eines Beitritts zu dieser rechten Regierung - unversöhnlich gegenüber. Auch die Knesset-Fraktion der Arbeitspartei ist gesplattet. Nachdem auf dem Parteitag noch sieben Abgeordnete gegen den Regierungsbeitritt auftraten, sind davon inzwischen noch fünf übrig (Cabel, Peretz, Pines-Paz, Tamir, Yachimovich). Die Befürworter argumentieren, dass die Partei sich ihrer Verantwortung für die Nation stellen müsse und nur durch ihr Mitregieren die Sicherheit des Landes und die durch die schwere Krise bedrohten Interessen der Arbeitnehmer bewahrt werden könnten. Die Gegner argumentieren, dass eine erneute Regierungsbeteiligung zu einem Ausverkauf der sozialdemokratischen Werte der Partei und zu einer Beschleunigung ihres politischen Bedeutungsverlusts führen wird und fordern deshalb den Gang in die Opposition.

Die israelische Öffentlichkeit verfolgt die Entwicklung in der Arbeitspartei, die jahrzehntelang eine dominierende Rolle in Politik und Gesellschaft in Israel gespielt hat, mit gespannter Aufmerksamkeit. Der renommierte Journalist Yossi Verter schrieb dazu in der links-liberalen Zeitung Haaretz: „Von Wahl zu Wahl ist die Partei schwächer geworden, ihre Werte sind verblasst und ihre Führer sind umgefallen wie Schießbudenfiguren. Geblieben ist einzig die Gier nach Macht um jeden Preis. Diese Partei hat in 17 Jahren 31 Knessetsitze verloren und sich

niemals wirklich gefragt, was falsch gelaufen ist.“

Wohin die Reise für die Arbeitspartei mit ihrer Beteiligung an Netanyahus Rechtskoalition gehen wird, ist völlig offen. Wird es gelingen, in der Regierung eine inhaltliche Erneuerung einzuleiten, den Abwärtstrend zu stoppen und der Partei ihr politisches Gewicht zurückzugeben? Oder wird das eintreten, was nicht wenige Mitglieder und Sympathisanten der Arbeitspartei befürchten und was die auflagenstarke Zeitung Yediot Ahronot am Tag nach dem Parteitag prophezeite. Sie verglich die Arbeitspartei mit einem schwerkranken Mann, der seinem Tod entgegenseht, sich aber „besser fühlt, wenn er erster Klasse reist und das Bett weich ist.“

Was kann die neue Regierung leisten?

Die 32. Regierung (vgl. angehängte Liste der Minister) ist die größte, die es jemals in Israel gab. Nachdem Netanyahu seinen zukünftigen Koalitionspartnern großzügige Angebote in Form von Ministerposten machte, hatte er zum Schluss kaum noch Ministerien für seine eigene Partei übrig. Er löste dieses Problem, indem er bestehende Ministerien aufspaltete und außerdem neue Ministerposten ohne Portfolio schuf. Insgesamt besteht die neue israelische Regierung nun aus 30 Ministern. Damit sind 25% der Knessetabgeordneten Minister. Aber nur zwei von ihnen sind Frauen.

Benjamin Netanyahu ist der eigentliche Gewinner des Beitritts der Arbeitspartei zu seiner rechten Regierungskoalition. Nach dem Auftrag zur Regierungsbildung - und damit dem Ministerpräsidentenamt - hat er ein weiteres wichtiges Ziel erreicht: er hat den Fehler seiner ersten Amtszeit nicht wiederholt und eine reine Rechtsregierung vermieden. Er gewinnt nach innen, denn seine Re-

gierung hat mit der Arbeitspartei eine breitere politische Basis, was ihm mehr Spielraum gegenüber den radikalen Rechten bringt. Und er gewinnt nach außen, denn mit den Erben Yitzhak Rabins als Regierungspartner wird es der dem Nahost-Friedensprozess verpflichteten Obama-Regierung und auch den europäischen Partnern weit schwerer fallen, ihm eine grundsätzlich ablehnende Haltung zum Friedensprozess zu unterstellen.

Aber ein wirklich verlässlicher Koalitionspartner ist die in sich gespaltene Arbeitspartei trotzdem nicht. Fünf ihrer 13 Abgeordneten lehnen das Bündnis mit den Rechten ab. Bei der Abstimmung über die neue Regierung waren sie zwar anwesend, nahmen aber nicht an der Abstimmung teil. Es ist nicht abzusehen, ob sie in der Zukunft bei strittigen Abstimmungen in der Knesset ihren Überzeugungen oder der Parteidisziplin folgen werden. Die Erweiterung nach links hat Netanyahu damit zwar mehr Spielraum aber nur bedingt Stabilität gebracht.

Wie er mit diesem Problem möglicherweise umgehen wird, hat er gezeigt, als er nach dem Abschluss der Koalitionsvereinbarung mit der Arbeitspartei - er hatte damit numerisch 69 Abgeordnete hinter sich - das Vereinigte Torah-Judentums (5) ebenfalls in sein Regierungsbündnis holte. Der politische Preis dafür war nicht sehr hoch, denn die Partei versteht sich als nicht-zionistisch und lehnt es traditionell ab, Minister zu stellen. Sie erhielt zwei Vize-Ministerposten und außerdem den Vorsitz im einflussreichen Finanzausschuss der Knesset. Mit den nun 74 Stimmen hat Netanyahu ein Druckmittel gegen die Arbeitspartei. Sollten sich ihre 13 Abgeordneten einer

Abstimmung widersetzen, bleiben ihm immer noch 61 der 120 Stimmen.

Es ist fraglich, wie lange und wie gut es Netanyahu gelingen wird, die stark divergierenden Weltanschauungen und Ideologien seiner Sechs-Parteien-Koalition auszubalancieren. Folgt er den Politikvorschlägen der Arbeitspartei, könnten die Rechten mit Austritt aus der Regierung drohen. Folgt er der Politik der Rechten, besteht auf der anderen Seite die gleiche Gefahr. Gewiss kann er die verschiedenen Gruppen gegeneinander ausspielen, aber mutige Entscheidungen im Friedensprozess sind so nur schwer vorstellbar.

Sollte sich Netanyahu aber trotzdem zu grundlegenden Fortschritten im Verhältnis zu den Palästinensern oder den arabischen Nachbarn - z. B. zu Syrien - entscheiden, kann er neben der Unterstützung durch die Arbeitspartei auch mit Tzipi Livni, der zukünftigen Oppositionsführerin und ihrer Kadima-Partei rechnen. Einer solchen Entwicklung würde sie ihre politische Unterstützung gewiss nicht verweigern.

Der Arbeitspartei wird es schwer fallen, in dieser Koalition ihre politischen Ziele zu erreichen. Sie stellt nur fünf von dreißig Ministern und 13 von 120 Abgeordneten. Ob das ausreicht, um die Regierung dahin zu bringen, die in der Koalitionsvereinbarung niedergeschriebenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vereinbarungen umzusetzen und vielleicht sogar Fortschritte im Friedensprozess zu erreichen, erscheint mehr als fraglich. Die israelische Öffentlichkeit wird aufmerksam verfolgen, ob es Ehud Barak und der Arbeitspartei tatsächlich gelingt, mehr als nur das linke Feigenblatt einer rechten Regierung zu sein.



## Die Regierung Netanyahu

Kabinettsliste der 32. Regierung (ab 31. März 2009)

Funktion	Name	Partei
Premierminister Minister für strategische Wirtschaftsplanung	Benjamin Netanyahu	Likud
Vize-Premierminister	Silvan Shalom Moshe Ya'alon	Likud
Minister für Finanzen	Yuval Steinitz	Likud
Minister für Verkehr und Verkehrssicherheit	Israel Katz	Likud
Ministerin für Kultur und Sport	Limor Livnat	Likud
Minister für regionale Entwicklung, Minister für regionale Entwicklung des Negev und Galiläa	Silvan Shalom	Likud
Minister für Information und Diaspora Angelegenheiten	Yuli Edelstein	Likud
Minister für Kommunikation	Moshe Kahlon	Likud
Minister für Bildung	Gideon Sa'ar	Likud
Minister für Justiz	Ya'akov Neeman	Likud
Minister für Umweltschutz	Gilad Erdan	Likud
Minister für Strategische Herausforderungen	Moshe Ya'alon	Likud
Minister ohne Portfolio (Beauftragter für die Verbesserung des Bürgerservices)	Michael Eitan	Likud
Minister für die Geheimdienste und Atomenergie	Dan Meridor	Likud
Minister ohne Portfolio	Benjamin Begin	Likud

Minister ohne Portfolio	Yossi Peled	Likud
Minister für Auswärtige Angelegenheiten	Avigdor Lieberman	Yisrael Beiteinu
Minister für Tourismus	Stas Misezhnikov	Yisrael Beiteinu
Minister für Nationale Infrastruktur	Uzi Landau	Yisrael Beiteinu
Minister für Innere Sicherheit	Yitzhak Aharonovitch	Yisrael Beiteinu
Ministerin für Eingliederung der Immigranten	Sofa Landver	Yisrael Beiteinu
Minister für Verteidigung	Ehud Barak	Arbeitspartei
Minister für Wohlfahrt und soziale Dienstleistungen	Isaac Herzog	Arbeitspartei
Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Shalom Simhon	Arbeitspartei
Minister für Industrie, Handel und Arbeit	Benjamin Ben-Eliezer	Arbeitspartei
Minister ohne Portfolio (Beauftragter für Angelegenheiten der Minderheiten)	Avishay Braverman	Arbeitspartei
Minister für Innere Angelegenheiten	Eliyahu Yishai	Shas
Minister für Bau und Wohnungswesen	Ariel Atias	Shas
Minister für religiöse Angelegenheiten	Ya'akov Margi	Shas
Minister ohne Portfolio (Verantwortlich für die ultra-orthodoxen Schulen im Büro des Ministerpräsidenten)	Meshulam Nahari	Shas
Minister für Wissenschaft	Daniel Herszkowitz	Jüdisches Heim

Ansprechpartnerin: Annette Lohmann, Tel: 030 / 26 935-7423, E-Mail: [Annette.Lohmann@fes.de](mailto:Annette.Lohmann@fes.de)  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Naher/Mittlerer  
Osten & Nordafrika, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin  
Sie finden den Hintergrundbericht zum Herunterladen sowie Informationen zur Arbeit der FES in der  
Region auf <http://www.fes.de/nahost>